Buchungen nicht vorschriftsmäßig ausführen können. Ein Gegenkassierer stand ihm nicht zur Seite. Seine Aeußerungen bei der Revision habe er getan unter dem Einfluß einer Krankheit, die ihn vom 22. Januar bis 15. April von seinem Posten fernhielt. In dieser Zeit habe seine Frau die Hausverwaltung in Heidenau geführt. Erst einige Tage nach der Revision habe er mit seiner Frau über den Fehlbetrag in der Hauskasse gesprochen, worauf diese ihm sofort erwiderte, daß sie noch 600 Mk. im Bücherschrank aufbewahrt hätte. Am Tage nach der Revision lieferte Meyer noch einen nachträglich gefundenen Beleg über einen kleineren Betrag ab und brachte auch einige Tage später die angeblich im Bücherschrank gefundenen 600 Mk. Ueber diese Angaben Meyers nimmt das Gericht eine Beweisaufnahme vor, die mehrere Stunden erfordert. Die bei der Revision vorgefundenen Tatbestände in den Buchungen und das abgelegte Geständnis kann der Angeklagte jedoch nicht erschüttern. Von einer Arbeitsüberlastung hat der Angeklagte seinen Vorgesetzten nie eine Meldung gemacht. Das Gericht gewinnt die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilt ihn wegen Unterschlagung zu 2 Monaten Gefängnis. Berücksichtigt wurde die Notlage des Angeklagten und daß er vollen Ersatz geleistet hat.

Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Unter dem Vorsitz des Magistratsrats Schulz (Berlin) hielt der Verband der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unter Beteiligung von mehr als 900 Mitgliedern aus allen Teilen des Deutschen Reiches, sowie unter Teilnahme zahlreicher Ehrengäste seine diesjährige Hauptversammlung ab. Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner (München) referierte über die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag. Seit dem letzten Verbandstage ist die Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung, sowie das Versicherungsgesetz für Angestellte eingeführt worden. Das Interesse der Heimarbeiter werde durch das neue Gesetz über die Hausarbeit gewahrt. Ein staatlicher Eingriff habe hier besonders Not getan, indes ist auch durch dieses Gesetz die Heimarbeiterfrage noch nicht völlig gelöst worden. Unbedingt anzustreben sei ein einheitliches Angestelltenrecht, da durch die jetzige Verschiedenheit der Gesetzgebung ein geradezu unerträglicher Zustand der Rechtsunsicherheit sich herausgebildet habe. Rechtsanwalt Dr. Baum, der Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin-Schöneberg, forderte in seinem Vortrage: „Die Literatur über den Arbeitsvertrag" einen besonderen Lehrstuhl für den Arbeitsvertrag an den Universitäten, um die gewerbliche Rechtsprechung der Gerichte zu erleichtern. Dr. Waldmüller (Stuttgart) sprach über den Arbeitsvertrag in der Rechtsprechung. Einen besonders weiten Raum nahm die Prüfung der Frage ein, inwieweit ein Arbeitsvertrag gegen die guten Sitten verstoße. Besonders dringend ist diese Frage stets bei einer etwa vorhandenen Konkurrenzklausel. Nicht mit den guten Sitten vereinbar wurden auch Arbeitsverträge angesehen, durch die das Risiko des Geschäfts, insbesondere bei Filialen, auf die Angestellten abgewälzt war, die noch dazu sehr schlecht bezahlt waren. Eine interessante Entscheidung des Kaufmannsgerichts Berlin, wonach der Filialleiter für Fehlbeträge nur im Falle grober Fahrlässigkeit oder Vorsatzes zu haften habe, dürfte bahnbrechend wirken. Ein vielumstrittener Punkt seien die Gratifikationen. Die Gerichte haben den Rechtsanspruch darauf stets anerkannt, wenn sie mehrere Jahre lang schon gezahlt sind. Dr. Hugo Sinzheimer (Frankfurt a. M.) referierte darauf über das Thema: Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland. Er betonte, daß der gegenwärtige Rechtszustand zwar geschichtlich zu erklären ist, doch entständen durch die Verschiedenheit des Rechtes zahlreiche Hemmungen und Rechtsunsicherheiten, die der Einheitsgedanke auf anderen Gebieten längst überwunden habe. Es müsse daher ein Gesetzbuch der Arbeit geschaffen werden. Das ganze Arbeitsrecht muß reichsgesetzlich geregelt werden und es muß ein einheitliches Privatangestelltengesetz erstrebt werden. Der Redner empfiehlt zum Schlusse seines eingehenden Vortrages, daß der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zum Zwecke der gemeinsamen Bearbeitung der einzelnen Einheitsreformfragen mit dem Deutschen Juristentag und der Gesellschaft für soziale Reform Fühlung nehmen möge. In einer sehr lebhaften Debatte wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt. Mit einem Vortrage des Rechtsrats Dr. Wagner (Nürnberg) über die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten waren die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Der Widerhall der Pariser Trinksprüche in der französischen Presse.

Die Mehrzahl der französischen Blätter erörtert den vom König Konstantin ausgebrachten Trinkspruch in kühlem, ja abweisendem Tone. Die „République française" schreibt: „Der Toast des Königs ist korrekt und steif. Es ist der Toast des Feldmarschalls, in dem man von der warmen Begeisterung des griechischen Volkes nichts verspürt. Unter diesen Umständen sehen wir nicht ein, was General Eydoux in Griechenland tun soll. Gewiß, wir werden Griechenland unsere Freundschaft bewahren, aber wir dürfen uns nicht den Anschein geben, daß die uns angetane und nicht wieder gut gemachte Unhöflichkeit vergessen ist."

Die „Autorité" sagt: „Man vergleiche den Wortlaut der Reden von Berlin und Paris, sowie die beiden Besuche miteinander. In Berlin ein offizieller Empfang und eine Fanfarenrede, in der verkündet wird, daß die griechischen Siege den deutschen Grundsätzen zu verdanken sind. In Paris Inkognito-Empfang und eine Rede, die ganz leise den Beistand Frankreichs anerkennt und der französischen Militärmission einige Blumen streut. Wir werden der Ansicht sein, daß dies wenig ist, und daß wir mehr verdient haben. Der Zwischenfall ist nicht beendet und das Mißverständnis ist nicht zerstreut; aber die Schuld trägt nicht das griechische Volk und nicht die griechische Nation."

Gemäßigter und besonnener äußert sich dagegen diesmal der „Temps". Er schreibt: „Die Toaste haben glücklicherweise die französisch-griechische Freundschaft genau charakterisiert. Sie drückten die Gefühle aus, die die beiden befreundeten Nationen beseelen. Wir freuen uns, daß die griechische Nation sich einer Freundschaft erinnert hat, die auf unserer Seite stets unwandelbar (!) war, und mit Vergnügen haben wir bemerkt, daß die französischen Offiziere, die in Griechenland tätig waren, in der Feier der Siege von gestern belohnt worden sind. Die neue Rolle, die Griechenland infolge seiner geschickt geführten Politik und des Ruhmes seiner Waffentaten spielen wird und die es zu einer neuen europäischen Großmacht machten, wird dazu beitragen, unsere Beziehungen zu Griechenland noch enger als bisher zu gestalten."

Andere Blätter geben ebenfalls ihrer Befriedigung über die Worte Ausdruck, machen aber doch Vorbehalte.

Der frühere Unterrichtsminister Steeg schreibt im „Evenement": „Frankreich wird dem griechischen Volke die Haltung des Königs nicht nachtragen, aber es wird Bürgschaften verlangen." — Der „Matin" meint: Man könne nicht leugnen, daß die Worte Poincarés eine höfliche Lektion für den König enthielten. Der Trinkspruch des Königs klang verlegen und würde die von ihm an Kaiser Wilhelm gerichteten Worte nicht verwischen. — Der „Radical" schreibt: „Wenn der König im Hinblick auf die jüngste Entgleisung die tiefe Sympathie der öffentlichen Meinung nicht erringen konnte, so hat er aber doch nunmehr das Recht auf unser Wohlwollen." — Der dem Quai d'Orsay nahestehende „Petit Parisien" erklärt: „Häufig erstarken die Freundschaften, wenn nach einer leichten Schwierigkeit eine ehrliche Auseinandersetzung erfolgt ist. Die französisch-griechische Brüderlichkeit wird morgen stärker denn je sein."

Tagesgeschichte.

Vom Aufenthalt des Kaisers in Cadinen

wird gemeldet: Der Monarch besichtigte am Sonntag den Neubau der Cadiner Kirche und fuhr nach dem Vorwerk Rehberg, dem er größte Aufmerksamkeit widmete. Der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Wirkl. Geh. Rat v. Valentini, ist in Cadinen eingetroffen. Während der Anwesenheit des Kaisers in dem ostpreußischen Jagdschlosse Rominten sollen alle Vorkehrungen getroffen werden, damit dem Monarchen auf dem denkbar schnellsten Wege alle Schriftstücke zugehen. Wenn auch über die Anwesenheit der Würdenträger im Jagdschlosse Rominten Positives noch nicht feststeht, so heißt es doch mit Bestimmtheit, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wieder erscheinen wird, und die Vertreter des Heeres und der Marine, Kriegsminister v. Falkenhayn und Großadmiral v. Tirpitz, ebenfalls nach Rominten kommen werden. Die Durchführung der Neuformationen des Heeres liegt dem Kaiser sehr am Herzen, und wiederholt hat er nach den Veröffentlichungen der großen Personalveränderungen eingehende Konferenzen mit den maßgebenden militärischen Behörden geführt. Der Kaiser hörte nachmittags in Cadinen die Vorträge des Kriegsministers Generalleutnants v. Falkenhayn und des Chefs des Militärkabinetts Generals der Infanterie Frhrn. v. Lyncker.

Dank der Kronprinzessin an den Norddeutschen Lloyd.

Der Direktor des Norddeutschen Lloyds Heinken erhielt von der Kronprinzessin Cecilie folgendes Telegramm: „Glücklich zurückgekehrt, möchte ich Ihnen noch einmal meinen allerherzlichsten Dank sagen für diese herrliche Fahrt auf meinem Patenschiffe; sie wird mir unvergeßlich bleiben, und ich werde stets daran denken, mit welcher großen Freundlichkeit der Norddeutsche Lloyd mich in diesen Tagen aufgenommen hat. Der Geburtstag auf See war für mich ein ganz besonders schönes Erlebnis. Cecilie."

Zur braunschweigischen Thronfolgefrage,

die in letzter Zeit wieder so viel erörtert wird, ohne daß bei diesen Erörterungen bisher etwas Positives herausgekommen wäre, läßt sich die „Braunschw. Landesztg." aus Berlin einiges berichten. Sie kommt auf die Verhandlungen zu sprechen, die in letzter Zeit zwischen den zuständigen Stellen in Berlin, Gmunden und Braunschweig stattgefunden haben, und bemerkt, daß die Verhandlungen sehr eingehender Natur waren. Der braunschweigische Bevollmächtigte zum Bundesrat Wirklicher Geheimer Legationsrat Boden hatte, so schreibt sie weiter, erst am Mittwoch eine mehr als einstündige Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Herrn Richter — und man darf verraten, daß sie die endgültige Lösung der noch bestehenden Schwierigkeiten so gefördert haben, daß deren Erledigung in naher Zeit zu erwarten ist. Inzwischen ist aber, da die Verhandlungen selbstverständlich streng vertraulich geführt werden und Nachrichten über deren Zweck und Inhalt an keine unberufene Person gegeben werden, nach wie vor allen Meldungen über Einzelheiten der Verhandlungen stärkstes Mißtrauen entgegenzubringen. Man versichert jedoch von zuständiger Seite, es dürfe angenommen werden, daß nunmehr die schwierigsten Punkte geregelt worden seien. Das Blatt fügt hinzu, die Information zuverlässiger Berliner Vertreter berechtige zu der Erwartung, daß die Thronangelegenheit demnächst auch im Bundesrat in Fluß gebracht werden wird, dessen Sitzungen im nächsten Monat beginnen. — In Potsdam verlautet, daß sich Prinz Ernst August von Cumberland gleich nach Beendigung der Manöver nach Gmunden begeben wird, um dort die Angelegenheit des Verzichts auf Hannover mit seinem Vater zu besprechen. Das Prinzenpaar soll dann von Potsdam direkt seinen Einzug als Herzogspaar von Braunschweig und Lüneburg halten.

Die Beisetzung der Prinzessin Sofia von Sachsen-Weimar.

Am Sonnabend, nachmittags 6 Uhr, hat, wie bereits kurz berichtet, im Palais Weimar in Heidelberg im engsten Familienkreise eine Trauerfeier für die verstorbene Prinzessin Sofia stattgefunden. Die Trauerrede hielt Stadtpfarrer Götz (Heidelberg). An der Trauerfeier nahmen außer dem Prinzenpaare teil: die beiden Brüder der Verstorbenen, Hermann Graf von Ostheim und Prinz Albert von Sachsen-Weimar, die fürstliche Familie Pfeuburg und Büdingen, der Vertreter des weimarischen Hofes Exzellenz Fritsch, als Vertreter des badischen Hofes Oberstallmeister von Göler, in Vertretung der Großherzogin Luise von Baden Freiherr von Chelius, sowie Vertreter staatlicher, städtischer, akademischer und militärischer Behörden, ferner Deputationen des 21. und 23. Dragoner-Regiments und der Korps „Saxo-Borussia" und „Rhenania". Nach der Feier fand die Ueberführung der Leiche nach dem Krematorium statt. — Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung in Sachen des plötzlichen Todes der Prinzessin ist am Sonnabend eingestellt worden, da kein Anlaß zur gerichtlichen Verfolgung der Angelegenheit vorliegt.

Das Befinden v. Winterfeldts.

Der Montag früh ausgegebene ärztliche Bericht über das Befinden des Oberstleutnants v. Winterfeldt meldet eine leichte Besserung. In der Nacht kam es zu einer leichten fieberhaften Erhöhung der Temperatur auf 37,7. Der Puls beträgt 110; er ist regelmäßig, aber schwach. Die Atmung ist normal. Die flüssige Nahrung wird gut aufgenommen. Die Nerven sind immer noch sehr ermüdet. Die Voraussage bleibt immer ernst.

Eine Programmrede Heydebrands in Baden.

Die konservative Partei Badens hielt am Sonntag nachmittag im Saale der Karlsruher Festhalle ihren Parteitag ab, der einen sehr guten Besuch aufwies. Die Tagung eröffnete Prinz Löwenstein, der nach den üblichen Begrüßungsworten zunächst dem Reichstagsabgeordneten v. Heydebrand und der Lase das Wort erteilte. Der Redner bemerkte einleitend, daß man sich von der konservativen Partei im allgemeinen ein falsches Bild mache; sie sei keine Klassenpartei und wolle es auch nicht sein. Baden sei ein Land, in dem Fortschritt und Freiheit das Symbol ist, aber eine vernünftige Freiheit sei ohne eine Beschränkung nicht denkbar. In Baden bestehe eine Partei, die sich nationalliberal nennt, in Wirklichkeit aber gerade das Gegenteil davon sei, und dies lediglich aus Angst vor dem klerikalkonservativen Regiment. Es sei unzweifelhaft, daß sich bei dem taktischen Zusammengehen mit dem Zentrum eine Arbeitsgemeinschaft entwickeln werde. Von einem oft erwähnten Bündnis der Konservativen mit dem Zentrum könne aber keine Rede sein. Beide seien einig in der christlichen Weltanschauung, aber eine klerikale Herrschaft in Baden würden die Konservativen niemals mitmachen. Der Redner berührte dann die Wehrvorlage und verbreitete sich über den Großblock, dem er keine lange Lebensdauer in Aussicht stellte. Bei einem möglichen Zustandekommen eines Blocks der Mitte müsse sich die konservative Partei ihr Verhalten reiflich überlegen. Der Redner ging dann noch kurz auf die badischen Verhältnisse ein. Alles was rechts der Sozialdemokratie stehe, müsse sich zusammenschließen, mit dem Blick auf das Ganze gerichtet. Man müsse Ernst machen, dem badischen Block in Baden das Ende zu bereiten. Dies bedeute nicht nur eine Förderung der konservativen Interessen in Baden, sondern im ganzen Deutschen Reiche. Diesen Bemühungen sei ein reicher Erfolg zu wünschen. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es folgten dann eine Rede des Pfarrers Werner (Frankfurt a. M.) und Ansprachen der Vertreter der einzelnen süddeutschen konservativen Parteien.

Leipziger Bauschutztag.

Unter reger Beteiligung fand in Leipzig am Montag der erste deutsche Bauschutztag statt. Der Vorsitzende Stadtrat Dr. de Gruyter konstatierte, daß fast alle Schutzverbände Deutschlands vertreten seien. Der Deutsche Bauschutztag sei dazu berufen, das Baugewerbe vor unsoliden Elementen zu schützen. Die Rede klang aus in einem Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Friedrich August von Sachsen, worauf die Versammlung die Absendung von Huldigungstelegrammen beschloß. Es folgte ein Referat des Dr. jur. Hillenbrand, Direktor des Schutzvereins der Berliner Interessenten, über die Bestimmungen auf dem deutschen Baumarkte. Nachdem mehrere Herren, u. a. Vertreter der Baufach-Ausstellung und des Hansa-Bundes, die Versammlungsteilnehmer begrüßt hatten, folgte ein weiteres Referat von Oskar Sprenger, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft der Baulieferanten Dresden, über die Frage: „Welche Unterstützung können staatliche und städtische Behörden den auf dem Prinzip der Selbsthilfe begründeten Verbänden gewähren?" Im Anschlusse daran erörterte die Versammlung die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der dem Bauschutzverbande gemeinsamen Interessen. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Notwendigkeit einer deutschen Zentralstelle einmütig anerkannt wird. Im Anschluß hieran beschloß die Versammlung die Gründung einer Vereinigung unter dem Namen Deutscher Bauschutztag.

Hundertjahrfeier in Kaub.

Am Sonntag fand in Kaub a. Rhein auf dem Festplatze in der Umgebung des Blücherdenkmals, wie bereits kurz berichtet, die Feier zum hundertjährigen Gedächtnis des Rheinübergangs Blüchers in der Neujahrsnacht 1813/14 statt. Zur Feier waren unter anderem erschienen der kommandierende General des 18. Armeekorps von Schenck, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Hengstenberg (Kassel), ferner eine Abordnung des Husaren-Regiments „Fürst Blücher v. Wahlstatt" Nr. 5 und andere. Längs des Rheinufers hatten die Kriegervereine aus dem ganzen Regierungsbezirk mit Fahnen Aufstellung genommen. Allgemein bemerkt wurde eine Deputation des deutsch-amerikanischen Patriotenbundes. Kurz vor 12 Uhr schritt der kommandierende General die Front der Kriegervereine ab. Vor dem Blücherdenkmal begrüßte Bürgermeister Schmidt (Kaub) die Festgäste. Die Festrede, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß, hielt Kommerzienrat H. Schröder (Nievern a. Lahn). Landrat Berg (St. Goarshausen) sprach auf das deutsche Vaterland und überreichte für das Blüchermuseum Kaub die Abschrift von Aufzeichnungen des jüngsten Stabsoffiziers aus dem Stabe des Feldmarschalls Blücher. Musikvorträge und Chöre rahmten die Feier ein. Es schloß sich ein Frühstück auf der Pfalz im Rhein und die Aufführung des Festspieles „Kaub" von Hofrat Spielmann (Wiesbaden) an.

Die Ausstände in England.

Die ausständigen Eisenbahnangestellten in Liverpool und Birmingham haben die Arbeit Montag früh wieder aufgenommen.

Die Union gegen ausländische Kartoffeln.

Das Gartenbauamt zu Washington beschloß, die Quarantäne gegen Kartoffeln aus Großbritannien, Deutschland, Oesterreich und anderen Ländern unbeschränkt aufrecht zu erhalten mit Rücksicht auf die angebliche Gefahr der Einschleppung neuer Krankheiten, die zu groß sei, als daß sich irgendeine Aenderung rechtfertigen würde. Auch die Benutzung ausländischer Saatkartoffeln widerrät das Gartenbauamt wegen ihres angeblichen Mangels an Ertragsfähigkeit auf amerikanischen Feldern.

Oesterreich. Am Sonntag wurden im tschechischen Teil Böhmens und Mährens hundert Demonstrationsversammlungen für Errichtung einer zweiten tschechischen Universität abgehalten.

Frankreich. Nach einer sichtlich offiziösen Meldung wird der Erlaß des Marineministers über die Teilnahme der französischen Kriegsschiffe an den Karfreitagsfeierlichkeiten in fremden Häfen lediglich in den Gewässern der Levante zur Anwendung gelangen. Dies beweise, daß der Erlaß nur den Zweck habe, in einer noch deutlicher zutage tretenden Weise das französische Protektorat über die Christen des Orients zu bekunden.

Während des Druckes nachts eingegangene

Neueste Drahtmeldungen.

Paris. (Meldung der „Agence Havas".) Präsident Poincaré stattete heute dem König der Hellenen in dessen Hotel einen Besuch ab. Beide unterhielten sich 40 Minuten lang herzlich miteinander.

Paris. Der auf der Durchreise nach Vichy befindliche russische Minister des Aeußeren, Ssasonow, stattete heute nachmittag dem Minister Pichon einen Besuch ab. Er erklärte einem Berichterstatter, daß seine Reise nach Frankreich, vorläufig wenigstens, nur eine Erholungsreise sei, daß er aber während seines Pariser Aufenthaltes im nächsten Monat nicht ermangeln werde, im Einvernehmen mit der französischen Regierung die politische Lage zu prüfen, die durch die letzte Krisis geschaffen worden sei. Während dieser Zeit hätten Frankreich und Rußland abermals die Wohltaten des die beiden Staaten zum Schutze ihrer Interessen und zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens verknüpfenden Bündnisses empfunden.

Paris. Nach einer offiziösen Meldung wird der König von Spanien den Ministerpräsidenten Barthou am 28. September in San Sebastian empfangen. Die Audienz hängt zweifellos mit der für den 5. Oktober anberaumten Reise des Präsidenten Poincaré nach Spanien zusammen.

Kiel. (Priv.-Tel.) Die Marineverwaltung wird im Gebiet der Ostsee einen neuen Kriegshafen errichten und zwar an der Bucht bei Neustadt. Dieser Hafen soll in erster Linie der Torpedowaffe dienen, verbunden hiermit wird ein Torpedoversuchsschießhafen.

Köln. (Priv.-Tel.) Wie die „Köln. Ztg." erfährt, wird das Präsidium des Hansabundes eine Sitzung des Direktoriums des Bundes auf den 29. September einberufen, welche zu der Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes Deutscher Industrieller mit dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband Stellung nehmen wird.

Emden. Der Flieger Dahm, der heute früh auf seinem Wasserflugzeuge in Köln aufgestiegen war, ist hier abends um 6 Uhr 40 Min. glatt gelandet. Er überflog einen großen Teil Hollands und den Zuydersee, nachdem er wegen dichten Nebels in Wesel eine Zwischenlandung vorgenommen hatte. Er will morgen vormittag weiterfliegen.

Paris. Der bisherige französische Generalkonsul in Hamburg, Girard, ist zum bevollmächtigten Minister ernannt worden.

SLUB
Wir führen Wissen.